

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FDP und der CDU

Rahmenbedingungen für multiprofessionelle Teams in Bremen und Bremerhaven schaffen

Die Situation an den allgemeinbildenden Schulen in Bremen und Bremerhaven ist besorgniserregend. Der Personalmangel, bedingt durch fehlende Lehrkräfte, prägt den Schulalltag. Angesichts steigender Zahlen an Schülerinnen und Schülern und bevorstehender Schulentwicklungsprozesse wird sich der Personal- und Handlungsbedarf in den Schulen in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Es ist entscheidend, nicht nur den Schulbetrieb abzusichern, sondern endlich Maßnahmen zu ergreifen, um den rückläufigen Bildungsergebnissen und der zunehmenden Bildungsungerechtigkeit entgegenzuwirken.

Eine Lösung, um den wachsenden Herausforderungen im Bildungssystem zu begegnen können multiprofessionellen Teams sein. Diese Teams können ein wichtiger Baustein sein, um dem veränderten Aufgabenfeld im Schulalltag angemessen zu begegnen. Um den Herausforderungen begegnen und die Planungsziele erreichen zu können, benötigen Schulleitungen eine gewisse Handlungsautonomie und eigene Budgets im Rahmen ihrer individuellen Schulstandortplanungen.

Die derzeitige Finanzierung im Land Bremen erfüllt die Bedürfnisse einer modernen, sozial gerechten Bildung und Schulstandortplanung nicht angemessen. Lehrkräfte werden vom Land finanziert und die Kosten an die Stadtgemeinden erstattet. Bleiben Stellen unbesetzt, können die Mittel nicht effizient für Ersatzpersonal genutzt werden und fließen zurück in den Haushalt. Dadurch steht das Budget, das die Bürgerschaft für den Bildungsbereich zur Verfügung stellt, nicht in vollem Umfang für diesen Bereich zur Verfügung, obwohl dringend benötigtes Personal für offene Stellen fehlt.

Um Lehrkräfte zu entlasten und eine angemessene Unterrichtsqualität sicherzustellen, ist es dringend erforderlich, diese finanziellen Mittel für unterstützendes Schulpersonal bereitzustellen. Eine Neuausrichtung der Denkweise auf multiprofessionelle Teams in Schulen ist hierbei wichtig. Dazu bedarf es auch einer Anpassung in der Finanzierungssystematik.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,

1. im zu den Haushaltsberatungen 2024/2025 die haushaltsrechtliche Voraussetzung zu schaffen, dass das Land die Minderausgaben bei den Erstattungen des Landes an eine Kommune für Lehrkräfte gemäß 8 Abs. 3 Satz 3 Finanzausweisungsgesetz derselben Kommune für Maßnahmen zur Bewältigung des Lehrkräftemangels sowie zur Verbesserung des Bildungssystems

zuweist; und die Einzelheiten des Verfahrens, das insbesondere Verlässlichkeit und langfristige Planungssicherheit schaffen soll, rechtzeitig vor Beschluss des Haushalts 2024/2025 im Einvernehmen mit beiden Kommunen zu klären,

2. der Deputation für Kinder und Bildung und dem Haushalts- und Finanzausschuss innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung über den Fortgang der Umsetzung zu berichten.

Prof. Dr. Hauke Hilz, Fynn Voigt, Thore Schäck und die FDP-Fraktion

Yvonne Averwenser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU